

Offener Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, den Bürgermeister für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule und die Stadtratsfraktionen

Kritik an der geplanten Errichtung einer Unterkunft in Systembauweise am Standort Wodanstraße 17a als Ersatzobjekt für die Unterbringung von Asylbewerbern in Folge des Abrisses des Asylbewerberheimes in der Torgauer Straße 290

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jung, sehr geehrter Bürgermeister Fabian, sehr geehrte StadträtInnen und Mitglieder des MigrantInnenbeirates,

wir wenden uns in der Sache der Errichtung eines neuen AsylbewerberInnenheimes in der Wodanstraße 17 a an Sie. Wir bitten Sie eindringlich, unsere Argumente und Vorschläge zur Kenntnis zu nehmen und Ihre Entscheidung gegebenenfalls auf den Prüfstand zu stellen.

Mit großer Eile wurde im Mai und Juni diesen Jahres die Vorlage des Dezernats für Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule *Errichtung einer Unterkunft in Systembauweise am Standort Wodanstraße 17a als Ersatzobjekt für die Unterbringung von Asylbewerbern in Folge des Abrisses des Asylbewerberheimes in der Torgauer Straße 290* durch die Gremien des Stadtrates gebracht und schlussendlich am 17.6.2009 mit vielen Gegenstimmen vom Stadtrat beschlossen. Natürlich müssen wir diesen demokratisch gefassten Beschluss akzeptieren. Wir kritisieren allerdings weiterhin die Eile, mit dem das Vorhaben behandelt wurde, gerade weil es um die sehr konkreten Belange von Menschen geht, die in dieser Gesellschaft keine Stimme haben. Wenn man sich zudem vor Augen führt, dass die Beweggründe für die Umstrukturierung der Unterbringung von Asylsuchenden vor allem auf ökonomischen Erwägungen beruhen – schließlich soll die Torgauer Straße für einen Investor freigemacht werden, andererseits sollen mit dem Gesamt-Projekt Einsparungen erzielt werden - erscheint das Vorhaben noch inhumaner als es an sich schon ist. Wir erinnern auch daran, dass erst im April die Sanierung des Heimes in der Torgauer Straße aus Haushaltsmitteln zugesagt wurde. Wir können uns kaum vorstellen, dass die Schließung des Heimes zu diesem Zeitpunkt noch nicht geplant war.

Wir zeigen uns über das Vorhaben besonders verwundert, WEIL Leipzig in den letzten Jahren vieles zur Verbesserung der Lebenssituation von asylsuchenden Menschen getan hat. Die hohe Quote dezentraler Unterbringung und die Umstellung von Paket- auf Bargeldversorgung werden in unseren Augen allerdings durch das Projekt Wodanstraße konterkariert.

Nicht zuletzt nehmen wir sowohl in der städtischen Vorlage als auch in der Debatte um den Sachverhalt rassistische Zuschreibungen an die Betroffenen wahr, indem diese pauschal als VerursacherInnen von Unfrieden und TrägerInnen sozialer Problemlagen bezeichnet werden. Unabhängig davon wissen Sie selbst zu gut, dass in der Wodanstraße nicht nur Männer wohnen werden, sondern auch neu in Leipzig ankommende Frauen und Kinder.

Die „Umsiedlung“ in die Wodanstraße bedeutet für die Betroffenen die Verschlechterung der sowieso prekären Lebensbedingungen und einen weiteren Schritt hin zur Desintegration. Zwischen Gewerbegebiet und Autobahn und 10 km vom Stadtzentrum entfernt gelegen, verspricht der neue Standort Isolation, Abkoppelung vom städtischen Leben und erschwerte Wege zu Behörden, Kita, Schule und anderen sozialen Orten.

Laut Verwaltungsvorlage soll das Gelände der Wahl „einzäunbar“ sein, der Leistungsbeschreibung für den potentiellen Betreiber zufolge ist das Wohnen gegen das „Eindringen von außen“ mit einem 2-Meter-hohen Stacheldrahtzaun „zu sichern“. Eine 24-stündige Bewachung des Geländes soll der tatsächlichen Bedrohung von außen dienen. Die Angst vor derartigen rassistischen Bedrohungen gegen die Menschen, die in der

Wodanstraße leben müssen, ist nicht unbegründet. Sie sind sich sicherlich bewusst, dass die rassistische NPD in den umliegenden Ortsteilen überdurchschnittlichen Zuspruch verzeichnen kann. Im Wahlkampf wurden insbesondere die Torgauer und die Wodanstraße durch die NPD massiv plakatiert. Mehrfach zeigte der NPD-Landtagsabgeordnete Winfried Petzold in Kleinen Anfragen herausgehobenes Interesse am bereits zwischen 2000 und 2006 betriebenen AsylbewerberInnenheim in der Wodanstraße.

Die Kehrseite der Sicherung des Heimes nach außen, ist eine Rund-um-die-Uhr-Bewachung der HeimbewohnerInnen selbst. Soziale Kontrolle ist für die Betroffenen schon jetzt Realität. Das Verlassen des Heimes wird genau wie Besuch von „außen“ akribisch dokumentiert.

Die neue Unterkunft in der Wodanstraße wird eine Massenunterkunft. Rund 250 Menschen sollen dort untergebracht werden. Dies stellt einen Rückschritt zur gegenwärtigen Situation dar, denn sowohl in der Torgauer als auch der Liliensteinstraße wohnen (weit) unter 200 Menschen. Auch hinsichtlich der Beschaffenheit der Wohnhäuser gibt es unseres Erachtens eine Verschlechterung: statt befestigter Häuser sollen „mobile Raumsysteme“/ Leichtbauweise-Elemente als Unterkunft dienen. Von „Wohncontainern“, von denen noch in der ersten Version der Vorlage des OBM die Rede war, wurde erfreulicherweise Abstand genommen.

Die Privatsphäre wird für jede und jeden Einzelnen im neu zu errichtenden Objekt Wodanstraße weiter eingeschränkt werden. So verfügen Familien und Einzelpersonen in den bestehenden Heimen sogar über eigene Zimmer, die Häuser bieten genug Raum dafür. Die neue Unterkunft wird voraussichtlich mit geringerem Raumaufwand errichtet, beengtes Wohnen wird die logische Konsequenz sein. Diese Enge mit der Verwaltungsvorlage des Freistaats Sachsen zu legitimieren, die beinhaltet, 6m² Wohnfläche pro Person nicht zu unterschreiten, ist dabei wenig überzeugend. Die Grenze ist nach oben offen.

Einer gesellschaftlich marginalisierenden und isolierenden Unterbringung von Asylsuchenden könnte entgegengewirkt werden, wenn der Standort für eine Gemeinschaftsunterkunft in einem Wohngebiet gewählt wird. Das Beispiel der Stadt Dresden zeigt dass eine solche Standortwahl nichts außergewöhnliches darstellt, dort bestehen mehrere AsylbewerberInnenheime unmittelbar in Wohngebieten.

In Leipzig würde mit dem Heim in der Liliensteinstraße ein bisher noch gehaltener Standard, auch was die Art der Unterbringung betrifft, bereitwillig aufgegeben werden. Der Sinn und Zweck des geplanten Abriss' des Gebäudes ist schwer auffindbar.

Wir plädieren zudem dafür, Menschen ohne Aufenthaltstitel die Möglichkeit einzuräumen, dezentral in eigenen Wohnungen zu leben. Dazu erwarten wir, dass die Stadt Leipzig mit entsprechendem Druck auf die Landesebene einwirkt, die diesbezüglichen Spielräume der Kommune zu erweitern.

Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die im vergangenen Jahr vollzogene Umstellung der Paketversorgung von AsylbewerberInnen – auch hier war das Land Sachsen schlussendlich bereit den Kommunen die Art und Weise der Versorgung selbst zu überlassen.

Nicht nur wir meinen, dass die Unterbringung in Heimen unterm Strich teurer ist als die in Wohnungen (vgl. http://www.gegen-ausgrenzung.de/a_argumente.php). In Berlin beispielsweise beschloss der rot-rote Senat „AsylbewerberInnen“ generell eine Wohnung zu bezahlen, wenn diese billiger sei als die Heimunterkunft. In Leipzig hätte außerdem der große Teil des Wohnungsbestandes in Besitz der LWB einen de facto Wegfall der Mietkosten für die Stadt zur Folge.

Die Nebenkosten für die Wohnungen wären nicht teurer als die Nebenkosten, die in einem Heim anfallen: Dort kämen sogar noch zusätzliche Kosten für Grundstücks- und Infrastrukturaufbau und Instandhaltung hinzu. Für das geplante Projekt „Wodanstraße“ handelt es sich um eine Summe von 300.000 Euro. Auch der Einsatz und die Kosten für Wachleute würden sich bei einer Wohnungsunterbringung erübrigen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgermeister und StadträtInnen, wir bitten Sie das Vorhaben Wodanstraße zu überdenken. Mit der Errichtung des Heimes an diesem Standort rückt die Orientierung auf dezentrale Unterbringungsmöglichkeiten für Asylsuchende in Wohnungen in weite Ferne. Laut anvisiertem Betreibervertrag muss das Heim permanent mit 200 Personen belegt sein, damit es sich für die Stadt rechnet. Mit diesem Schritt - mit samt den Auflagen bezüglich der Dauer der Betreuung sowie Belegung des Heims in der Wodanstrasse - nehmen Sie sich selbst politische Gestaltungsräume und den Betroffenen Hoffnung auf eine Verbesserung der Lebenssituation! Nicht zuletzt müssen aufgrund solcher Fehlbeschlüsse Menschen über mehrere Jahre in einer Gemeinschaftsunterkunft leben.

Wir schlagen aus gegebenem Anlass vor, mindestens einen zur Wodanstraße alternativen Heimstandort in zentraler Stadtlage sowie einem befestigten Gebäude zu prüfen. Außerdem sollte die Option geprüft werden, inwiefern alleinstehende Asylsuchende in bestehenden Wohnungen in Wohngemeinschaften untergebracht werden können. Eine dezentrale Unterbringung sollte in Zukunft für alle Menschen im Asylverfahren gewährleistet sein.

Auch wenn die dezentrale Unterbringung in Wohnungen für viele der derzeitigen HeimbewohnerInnen nicht sofort in Betracht kommen mag, sollte sie unserer Ansicht nach mittelfristiges Ziel sein. Andere Kommunen, zum Beispiel Leverkusen oder Münster sollten auch Leipzig als positives Beispiel dienen, wo die Unterbringung in Wohnungen Vorrang hat.

Mit freundlichen Grüßen,

Initiativkreis für die Integration von AsylbewerberInnen in Leipzig, Oktober 2009
initiativkreis-leipzig@web.de
<http://initiativkreisintegration.blogspot.de>